

@ ONLINE

Die Langfassung des Beitrags finden Sie auf www.treffpunkt-kommune.de > Themen > Politik & Gesellschaft. Der Beitrag basiert auf dem Vortrag „Staat im Ausverkauf“, der am 27. November 2018 in der SWR-Tele-Akademie ausgestrahlt wurde, abrufbar unter www.ardmediathek.de

✍ DER AUTOR

Dr. Tim Engartner ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main (engartner@soz.uni-frankfurt.de) und Autor des Buchs „Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland“

Rekommunalisierung

Rückbesinnung auf das Bürgerwohl

Durch die Privatisierung öffentlicher Leistungen in Bereichen wie Bildung, Verkehr und Gesundheit setzt der Staat die Gemeinwohlorientierung der Daseinsvorsorge aufs Spiel. Der Sozialwissenschaftler Tim Engartner kritisiert in seinem Beitrag solche Projekte und plädiert für mehr Rekommunalisierungen.

Die Privatisierung schreitet im Schulwesen unaufhörlich voran. So erhält zum Beispiel jeder vierte Schüler mittlerweile Nachhilfe. Es gibt eine Vielzahl privater Nachhilfe-Einrichtungen. Die Schulbildung nach Schulschluss wird immer bedeutsamer. Auch die Zahl von privaten Kitas, Krippen, Schulen und Hochschulen wächst. In Deutschland eröffnet zeitweilig jede zweite Woche eine

neue Privatschule ihre Pforten. Kritisch gewendet muss man sagen, dass damit Bildung zur Ware zu werden droht.

Ein zentraler Grund für diese Privatisierung von Bildung ist die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems. Im Rahmen der Pisa-Studie 2006 wurde bei einer Befragung der Schulleiter offenkundig, dass knapp 87 Prozent der 15-jährigen Schüler hierzulande eine Schule be-

suchen, an der Wirtschaft und Industrie Einfluss auf die Lehre ausüben, was im OECD-Vergleich einen Negativ-Rekord darstellt. Diese Öffnung von Schule gegenüber unternehmerischen Einflüssen hat zu einer tektonischen Verschiebung der Akteurskonstellationen im Bildungssektor geführt. Durch das Einspeisen von selektiven, tendenziösen und manipulativen Unterrichtsmaterialien gelingt es Unternehmen, die Vor- und Einstellungen junger Menschen zu prägen.

DIE DEUTSCHE BAHN KAUFT EIN

Nicht nur auf dem Bildungs-, sondern auch auf dem Verkehrsmarkt greifen die Kräfte des freien Marktes. Die Privatisierung der Deutschen Bahn (DB) beispielsweise treibt nicht nur die Bahnpendler um, sondern auch solche, die es einmal werden wollen. Fast täglich hören wir von Oberleitungsschäden, Lokschäden und Triebwerkschäden. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass der DB-Vorstand das vormals personalintensive Staatsunternehmen nach der Privatisierung 1994 systematisch für den Börsengang aufgehübscht hat, indem er eine rigide Sparpolitik betrieben hat.

Zudem ist zu beobachten, dass sich die Bahn mit Blick auf ihr Unternehmensprofil wandelt. Sie trägt nun den Zusatz DB Mobility Networks Logistics AG, um sich als international agierender Mobilitäts- und Logistikkonzern zu profilieren. So erwirtschaftet die Bahn mittlerweile zwei Drittel ihres Gewinns nicht mehr mit schienengebundenem Verkehr, sondern mit Logistikdienstleistungen im In- und Ausland. Die Deutsche Bahn ist folglich nicht mehr an einer Steigerung des Schienenverkehrsaufkommens interessiert, sondern lediglich an einer verkehrsträgerneutralen Steigerung ihrer Marktanteile.

Kritisch daran ist, dass die Deutsche Bahn AG, die sich nach wie vor zu 100 Prozent in Bundesbesitz befindet, mit der Bonität der Bundesrepublik Deutschland im Rücken auf Einkaufstour geht. Und trotz des AG-Effekts, das heißt der größeren Flexibilität im Personal-, Angebots- und Vermarktungsbereich, hat sich keine substanzielle Entlastung der Steuerzahler ergeben.

Ein weiterer Bereich, der seit den 2000er-Jahren maßgeblicher Gegenstand der Privatisierungspolitik ist, sind die sozialen Sicherungssysteme und dabei zuvor-

derst die Rente. Im Glauben daran, dass nur ein schlanker Staat ein guter Staat sei, baute die von Gerhard Schröder geführte rot-grüne Bundesregierung den Bismarck-schen Sozialstaat systematisch um und ab.

Schließlich ist auch das Gesundheitswesen privatisiert. Besonders interessant ist dabei, dass im Markt für Gesundheitsdienstleistungen das Marktprinzip versagt. Die meisten Güter und Dienstleistungen werden bekanntlich freiwillig in Anspruch genommen. Gesundheitsleistungen werden aber unabhängig davon, wie preiswert sie sind, von niemandem ernstlich freiwillig in Anspruch genommen.

Insofern ist der Gesundheitsmarkt ein Markt, auf dem sich Abhängige bewegen. Gesundheitsdienstleistungen dürfen aber nicht nur dem Marktprinzip gehorchen. Dies gilt auch für Krankenhäuser, die mehr und mehr nach ökonomischen Richtwerten ausgerichtet werden.

Doch die Hoffnung stirbt zuletzt – auch die auf eine Renaissance von „Vater Staat“. Denn einige Städte und Gemeinden haben ihre an Private veräußerten Dienstleistungen rekommunalisiert – und zwar vielfach unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der Kommunalverwaltung. Die erste nennenswerte Stadt war Potsdam im Jahr 2000 mit dem damaligen Oberbürgermeister Matthias Platzeck. Die Stadt hat, drei Jahre nachdem sie 49,9 Prozent der Anteile ihrer Wasserbetriebe an den deutsch-französischen Konzern Eurawasser verkauft hatte, den Kooperationsvertrag aufgekündigt, weil eine Verdoppelung der Wasserpreise angestanden hätte. Das war eine Entscheidung mit bundesweiter Signalwirkung.

STÄDTISCHE MÜLLENTSORGUNG

Ein weiteres Feld für Rekommunalisierungen ist die Abfallwirtschaft. So hat man in Bergkamen, Leichlingen, Aachen, Hannover und vielen anderen Städten und Gemeinden die Müllentsorgung wieder unter das kommunale Dach zurückgeführt. Teilweise konnten die Beschäftigtenzahlen aufgestockt, die Müllgebühren gesenkt und die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Ein weiteres Beispiel, das Anlass zur Hoffnung gibt, ist die „Katharsis“ in Freiburg und Dortmund. Beide Städte haben die Reinigung der öffentlichen Hochschulen, Schulen, Kindergärten und Sportstät-

ten unter das kommunale Dach zurückgeführt.

Die Beispiele zeigen, dass die unheilvolle Entwicklung in Richtung betriebswirtschaftlich motivierter Vermarktlichung ein Stück weit gebrochen ist. Knapp Dreiviertel der Unions- und der SPD-Wähler sind der Meinung, dass Bahn, Post und Gaswerk beim Staat besser aufgehoben sind als in privaten Händen. Das sollte uns eine Lehre sein.

RENAISSANCE DES STAATES

Denn gerade im Schatten der Wirtschafts- und Finanzkrise ist der Staat wieder zum Adressaten für Schutzwünsche und Sicherheitserwartungen geworden.

Es gilt in Erinnerung zu rufen, dass mit jeder Privatisierung Einflussmöglichkeiten von demokratisch legitimierten Akteuren zu privaten verschoben werden, sodass die Entscheidungen – jedenfalls prinzipiell – nicht mehr von Personen und Gremien getroffen werden, die sich öffentlich verantworten müssen. Vor diesem Hintergrund lassen sich Argumente für die Renaissance des Staates anführen:

- Statt die öffentliche Daseinsvorsorge auf dem Altar des Marktes zu opfern, sollten wir uns vergegenwärtigen, dass sich die Stärke einer Gesellschaft am Wohl der Schwachen misst.
- Das Wohl des Schwachen kann nur dann gewährleistet werden, wenn überlebenswichtige Güter und Dienstleistungen allen Menschen, unabhängig von ihrer Kaufkraft, zur Verfügung stehen. Dafür braucht es zwingend eine Neujustierung der Steuern- und Abgabenarchitektur.
- Wir müssen mehr enttarnen, dass es einer Volkswirtschaft nur dann gut gehen kann, wenn es dem Volk schlecht geht. Prosperierende Volkswirtschaften sollten unbedingt einen Mehrwert für die Bevölkerung haben und umgekehrt.
- Ohne die vielbeschworene Renaissance des Staates schafft Vater Staat sich über kurz oder lang selbst ab.
- Eine Gesellschaft, die von allem den Preis, aber von nichts mehr den Wert kennt, hat aufgehört zu existieren.

Tim Engartner



Foto: Kzenon/Adobe Stock

Unterricht: Der staatliche Bildungssektor in Deutschland ist unterfinanziert. Infolge davon wächst der Anteil privatwirtschaftlicher Angebote von der Kita bis zur Hochschule.